

**Zeitschrift:** Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt  
**Herausgeber:** Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich  
**Band:** - (1998-1999)

**Artikel:** Die Phantasie entfesseln : André Gorz im Gespräch mit Thomas Schaffroth  
**Autor:** Schaffroth, Thomas  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1072619>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Thomas Schaffroth** „Die Arbeit muß ihre zentrale Stellung im Bewußtsein, im Denken, in unserer aller Vorstellungswelt verlieren.“ So lautet einer der Kerngedanken in Ihrem Buch.<sup>1</sup> Das Ende der Arbeit also?

**André Gorz** Wir müssen zwischen Arbeit und Erwerbsarbeit unterscheiden. Arbeit im anthropologischen Sinne kann nie verschwinden, solange die Menschheit existiert. Alle Gesellschaften brauchen Arbeit im anthropologischen Sinne, Arbeit als Gestaltung und Pflege der Natur. Diese Definition sagt jedoch nichts über die gesellschaftlichen Beziehungen und die Produktionsverhältnisse aus, über die Arbeit, die wir tun, und die Arbeit, die wir haben. Arbeit, die man tut, hat man nicht; Arbeit die man hat, tut man immer nur für andere, die sie entlohnen und fremdbestimmen. Aus dieser Arbeit wird aber auch der Anspruch auf sozialstaatliche Leistungen abgeleitet.

Natürlich, in der fordistischen Gesellschaft war die Arbeit auch Quelle eines gesellschaftlichen Status und gesellschaftlicher Rechte. Der sogenannte Arbeitgeber, der die Arbeit anderer nutzt, hatte auch gegenüber der Gesellschaft Verpflichtungen und der Arbeitnehmer soziale Rechte, die mit der Arbeit verbunden waren. Wohingegen wir jetzt in eine Gesellschaft übergehen, in welcher die Arbeit weder selbst angeeignet noch mit sozialen und ökonomischen Rechten verbunden ist. Das heißt, der Liberalismus, verbunden mit der Globalisierung, hat das abgebaut, was dem Kapital schon immer ein Dorn im Auge war, nämlich die Begrenzung der Ausbeutung durch soziale Verpflichtungen.

Sie sprechen nicht vom „Ende der Arbeit“ im eigentlich ontologischen Sinne, sondern vom Ende der fordistischen und tayloristischen Arbeit.

Die gesellschaftlich geregelte und sozial eingebettete Arbeit wird systematisch abgebaut, ohne daß sich die Menschen die zeitlichen Räume aneignen können, die durch den Abbau der Arbeit freigesetzt werden. Diese Wiederaneignung der Zeit und Aufhebung der fremdbestimmten Arbeit ist aber gemäß der Auffassung, die Marx von Hegel übernommen hat, der eigentliche Sinn der menschlichen Geschichte: es soll letztendlich zur Überwindung der Arbeit in freie Selbsttätigkeit kommen. Die diesbezüglichen Möglichkeiten zeichnen sich klar ab. Wir müssen lernen, sie wahrzunehmen.

Welchen Stellenwert ordnen Sie bei diesem Prozeß der Informatisierung bei?

Die Informatisierung macht Wissen zur wichtigsten Produktivkraft, sowohl als lebendiges als auch als informatisch

gespeichertes Wissen. Das Lohnarbeitsvolumen schrumpft immer schneller zusammen, Erwerbsarbeit wird immer diskontinuierlicher, prekärer. Das Ausmaß dieses Wandels ist bislang sehr wenig begriffen worden. In England sind beispielsweise heute schon 55 Prozent der ArbeitnehmerInnen in prekären, nicht gesicherten Arbeitsstellen, ohne Verträge, oft auf Abruf. In Italien, Deutschland und Frankreich ist der Anteil dieses prekären Arbeitsmarktes praktisch gleich hoch. In Frankreich hat eine im vergangenen Oktober veröffentlichte staatliche Studie ergeben, daß bei den 25- bis 39jährigen in den letzten Jahren 55 Prozent eine oder mehrere Perioden von Arbeitslosigkeit erlebt haben. Bei den Leuten allen Alters mit Hochschulabschluß waren es 39 Prozent, kaum weniger als bei den Ungelernten. Alle Schichten, also auch Hochqualifizierte, sind von dieser Prekarisierung betroffen. Zudem: Da jetzt auch gut qualifizierte Arbeitskräfte – namentlich ein Drittel der Hochschulabsolventen – in sogenannten McJobs (unqualifizierte Gelegenheitsarbeit) Zuflucht suchen, wird die Aussicht der Schwachqualifizierten auf einen regulären Arbeitsplatz immer hoffnungsloser.

Wie Sie wissen, beschäftigen die Großbetriebe immer weniger Leute. In den USA beispielsweise arbeiten in den hundert größten Konzernen des Landes nur noch zehn Prozent vollzeitlich als Festangestellte. Neunzig Prozent werden ‚ausgelagert‘ und sind nur mehr diskontinuierlich beschäftigt. Kurz, immer weniger Leute produzieren immer mehr Reichtum.

Das gewerkschaftliche A und O heißt Arbeitszeitverkürzung. Kann diese die Lage der Noch-Erwerbstätigen und der Arbeitslosen verbessern?

Wenn Sie die 32-Stunden- oder die 35-Stunden-Woche fordern, ohne die Bedingungen solcher Arbeitszeitverkürzungen festzulegen, so ist eine solche Reform praktisch sinnlos, heute, wo sich schon fünfzig Prozent und mehr Arbeitskräfte in ungesicherter oder nicht selbstgewählter Teilzeitarbeit befinden.

Arbeitszeitreduktion kann zudem nur im staatlichen Sektor und allenfalls in Großbetrieben kontrolliert werden.

Das ist richtig. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung darf diese nicht nur auf die Woche berechnen. Sie muß auch eine soziale Absicherung garantieren für diejenigen, die diskontinuierlich, temporär oder in Teilzeit arbeiten. Ein Grundeinkommen muß für alle garantiert sein, die sich für Erwerbsarbeit zur Verfügung stellen, ob sie nun einen Arbeitsplatz finden oder nicht.

*Befreiung in der Lohnarbeit gibt es nicht, bloß Befreiung von der Lohnarbeit, sagen Sie und umreißen somit auch die Frage der Autonomie.*

Im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gibt es in der Lohnarbeit nur Autonomie, eingebettet in die Heteronomie. Selbst in der Stückarbeit einer fordistischen Arbeitsteilung, die in hohem Grade chronometrisiert ist, bilden sich Freiräume, die aber auch erkämpft werden müssen. Das ist ihr Autonomieraum. Aber ansonsten ist die Arbeitszeit Rentabilitätskriterien unterworfen, gegen die Sie nichts unternehmen können, die Sie weder gestalten noch sich aneignen können, die also vom Kapital fremdbestimmt bleiben. Sogar in einem sagen wir mal humanisierten postfordistischen Betrieb wie Volvo in Uddevalla bestimmten der Arbeiter, die Arbeiterin weder das Produkt, das sie zusammensetzten, noch die Kriterien der gesellschaftlichen Nützlichkeit dessen, was sie produzierten. Lohnarbeit heißt immer auch Lohnabhängigkeit, Abhängigkeit von einem ‚Arbeitgeber‘, der die Verfügungsmacht über die Arbeitsmittel, die Arbeitsteilung und -organisation innehat. Autonomie in der Lohnarbeit heißt also die Verfügungsmacht des ‚Arbeitgebers‘ bekämpfen und das Lohnsystem in Frage stellen.

*Gibt es Ihrer Meinung nach heute einen gesamtkapitalistischen Plan, eine Art kapitalistisches Hirn, nach welchem sich die Wirtschaft abspielt?*

Ja, sicher! Überall bedient sich das Kapital des von ihm selbst verschärften Konkurrenzkampfes der Konzerne, um vom Staat zu verlangen, daß er seine Sozialpolitik abbaut, Märkte und Arbeitsbedingungen dereguliert, sich der Herrschaft der reinen Marktgesetze unterwirft. Die anonymen, rein statistischen Gesetze des Marktes dienen dem Kapital dazu, sich gegen die Gesetze zu schützen, die sich eine Gesellschaft gibt. Wie der Chef der Deutschen Bundesbank, Tietmeyer, sagt: „Die Staaten werden von den Finanzmärkten überwacht und können ruiniert werden, wenn ihre Politik letzteren nicht gefällt.“

*Ist das garantierte, bedingungslose Grundeinkommen, das Sie fordern, eine Form von Gegenstrategie?*

Es hat strategischen Stellenwert, obwohl es an sich noch keine Strategie ist. Denn wenn die gesellschaftliche Schöpfung von Reichtum immer weniger Arbeit erfordert, immer geringere Lohnsummen ausschüttet, darf das Recht auf ein ausreichendes Einkommen auch nicht von der geleisteten Erwerbsarbeitsmenge abhängen. Sonst kommt erst die Verelendung und dann der Zusammenbruch der Gesellschaft.

*Ein solches garantiertes Minimaleinkommen läßt sich heute wohl weder politisch noch finanziell in die Praxis umsetzen.*

Politisch gibt es dafür schon viele Ansätze, die sich weiterentwickeln ließen. Interessant scheint mir diesbezüglich das Modell, das heute bereits in den Niederlanden angewendet wird. Dort leisten 37 Prozent der werktätigen Bevölkerung Teilzeitarbeit. Und von den 37 Prozent arbeitet ein Drittel weniger als 13 Stunden in der Woche. Doch alle haben ein Anrecht auf den tariflichen Grundlohn. Alle Formen von Teilzeitarbeit sind übrigens individuell und kollektiv verhandelbar, rechtlich geschützt und anerkannt und dürfen keine Diskriminierung zur Folge haben. Das Finanzierungsproblem würde sich für ein garantiertes Grundeinkommen gar nicht stellen, wenn die Gewinne der Betriebe und die hohen Privateinkommen den gleichen Steuersätzen unterliegen würden wie in den sechziger Jahren. Heute aber zahlen selbst die profitträchtigsten Konzerne wie Siemens, BMW oder Daimler Benz keine Steuern mehr. Sie verlagern ihre Gewinne unter anderem in Steueroasen und verdienen übrigens mit Devisenspekulationen oft mehr als durch den Verkauf ihrer Produkte. Die Nationalstaaten sind gegen Steuerdumping und Kasinokapitalismus ohnmächtig. Ein supranationaler Staat könnte alle Mitgliedsländer der Europäischen Union zu einer normalen Besteuerung der Unternehmensgewinne ermächtigen und die Steueroasen abschaffen. Auf längere Frist wird allerdings auch die Besteuerung der Konzerngewinne nicht ausreichen, ein garantiertes Grundeinkommen zu finanzieren. Denn Unternehmen können nur Steuern bezahlen und Geld verdienen, wenn sie ihre Erzeugnisse verkaufen können. Wer soll sie aber kaufen, wenn für die Erzeugung immer weniger Leute – und am Ende beinahe niemand mehr – bezahlt werden? Es wird früher oder später dazu kommen müssen, daß die Gesellschaft, der Staat Zahlungsmittel in Umlauf setzt, um die gesellschaftliche Produktion von all den Nutzwerten gewährleisten und verteilen zu können, die wünschenswert erscheinen. Dann ist die kapitalistische Marktwirtschaft auch überwunden. Die Frage ist, ob es erst einen chaotischen Zusammenbruch geben muß, damit wir soweit kommen. Oder ob die unvorhersehbaren Folgen eines Zusammenbruchs die Menschen nicht in ihre Vorgeschichte zurückwerfen würden.

*Sie betonen in Ihrem Buch, daß wir gewissermaßen aus der Arbeitsgesellschaft hinausfallen, ohne daß es für dieses absterbende Gesellschaftsmodell ein neues geben würde.*

Wir müssen zuerst einmal anerkennen, daß die Zukunft nicht im gesicherten, dauerhaften, vollzeitigen Lohnarbeitsplatz liegt, sondern in der Wechselbeziehung von immer kürzeren Perioden bezahlter Arbeit und immer längeren Perioden freier Selbsttätigkeit. Daß also die gesellschaftliche Geltung und Anerkennung von der Lohnarbeit auf die Selbsttätigkeit verlagert werden muß. Zumal Humankapital, das heißt Ideenreichtum, Kreativität, Lernfähigkeit, heute im Verwertungsprozeß wichtiger ist als Sachkapital. Unmittelbare Arbeit, wie sie Marx nannte, ist nur noch ein immer kleinerer Bruchteil derjenigen Zeit, die zur Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft benötigt wird. Die Fähigkeit der Menschen, sich ständig Wissen anzueignen, sich ständig weiterzuentwickeln, ist die kulturelle Grundlage der entstehenden sogenannten immateriellen Ökonomie. Wir ähneln immer mehr den Forschern oder Professoren, die für die Vorbereitung ihrer Vorlesungen zehn- oder zwanzigmal mehr Zeit brauchen als für die Vermittlung ihres Wissens, das heißt für die unmittelbare Arbeit. Nur wird heute meistens nur letzteres angerechnet und bezahlt, was absurd ist. Selbst einfache Erwerbsarbeit verlangt ein Bildungsniveau, das die Ausbildungszeit bei weitem übersteigt und sich hauptsächlich durch freie Selbsttätigkeiten und zwischenmenschliche Beziehungen entwickelt.

*Der Reichtum des Möglichen besteht Ihrer Meinung nach unter anderem darin, daß die Arbeitsgesellschaft in eine Kulturgesellschaft mutiert, ökonomisch basierend auf Selbstversorgung, auf Kooperationsringen. Wollen Sie zur einfachen Tauschwirtschaft zurückkehren?*

Zur ‚einfachen‘ sicher nicht. Zu einer Einschränkung und Relativierung der Geld- und Warenbeziehungen, ja! Das hat von Anfang an schon der sozialistischen und der libertären Arbeiterbewegung vorgeschwebt. Es ist doch klar, daß die Freisetzung von Zeit zur Entwicklung von Beziehungen führen soll, die auf Gegenseitigkeit beruhen, und daß Geld- und Warenbeziehungen damit teilweise ersetzt werden. Zudem kann man öffentliche Einrichtungen derart ausstatten, daß sich alles mögliche an Selbsttätigkeit, Selbstversorgung und gegenseitiger Hilfe entwickeln kann. Nirgendwo steht geschrieben, daß eine Arbeit nur dazu dienen soll, einem Arbeitgeber verkauft zu werden, der sie sich aneignet.

*Doch wie ist es möglich, den Kapitalismus zu überwinden, wenn man vom Kapitalverwertungsprozeß völlig ausgeschlossen ist, sei es durch Arbeitslosigkeit, sei es durch Formen der Selbstversorgung? Der Traum der Leute, eine feste*

*Lohnarbeit zu haben, ist tief verwurzelt.*

Ich würde Ihren Einwand umdrehen: Wie nämlich kann man den Kapitalismus je überwinden, wenn man eine feste Lohnarbeit wünscht? Da doch Lohnarbeit immer auch einen ‚Arbeitgeber‘ voraussetzt, der über die Produktionsmittel verfügt und die Arbeit ein-, austeilte und bezahlt? Die kollektive Aneignung der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen ist eine widersprüchliche Forderung, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Lohn- und Warenbeziehungen dienen soll. Sie kann höchstens zum Staatskapitalismus sowjetischer Prägung führen, der unter anderem mit der umgreifenden Informatisierung nicht vereinbar war.

Nein, in Wirklichkeit schafft der Kapitalismus selbst die Voraussetzungen seiner Überwindung, indem er die Lohnarbeit immer schneller abbaut und tendenziell beseitigt. Er beseitigt damit nicht nur die Käufer seiner Produkte, sondern auch die Quelle der Mehrwertabschöpfung, der Kapitalverwertung. Er wird immer krisenanfälliger, funktioniert immer schlechter. Diese Schwäche verdeckt er mittlerweile, indem er den Besitz eines festen Lohnarbeitsplatzes als das Ideal darstellt, das alle anstreben sollen. Die Menschen sollen um ‚Arbeit‘ betteln, selbst wenn es Dreckarbeit ist. Sie sollen glauben, daß es kein anderes Leben geben kann als ein mit Lohnarbeit ausgefülltes und daß die Arbeitslosen an ihrer Arbeitslosigkeit selbst schuld sind, weil sie zu anspruchsvoll sind. Wirtschaftswachstum und sinkende Löhne, fügt man hinzu, werden die Vollbeschäftigung wieder herstellen, es gebe keinen anderen Weg in die Zukunft. Indem man so den Wunsch nach einem festen Arbeitsplatz festigt, zementiert man natürlich auch die Macht des Kapitals über die Menschen. So wird verhindert, daß die Menschen das Wesen und die Grundsätzlichkeit der Umwälzungen wahrnehmen und in den Griff zu nehmen versuchen. Wir befinden uns nicht einfach in einer ‚Krise‘, sondern in einer Zeitwende, im Entstehen einer sogenannten immateriellen Wirtschaft, in welcher die alten Gesetze der Ökonomie nicht mehr gelten und auch berufliche Erwerbsarbeit nicht mehr der Schwerpunkt des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens ist.

*Mit anderen Worten, es kommt zu demjenigen Prozeß, den Sie als Exodus aus Lohnarbeit und Kapitalismus bezeichnen?*

Der Exodus ist im Gange. Ein bedeutender Anteil der jüngeren Menschen entzieht seine Lebensführung dem Diktat der kapitalistischen Werte – Geld, Macht, Karriere, Wettbewerb. Wir müssen uns geistig von der fixen Idee befreien,

daß es jenseits der Arbeit keine Gesellschaft geben würde. In einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der Universität München kommen fünfzig Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluß, daß diskontinuierliche Arbeit mehr und mehr einer normalen Arbeitssituation entspricht. Und daß diskontinuierliche Arbeit für ihre persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten einen wichtigen Wert einzunehmen beginnt. Bloß fünfzig Prozent betrachten heute eine feste Arbeitsstelle als Normalität.

*Die Diskontinuität der Arbeit als ‚Normalität‘, während zugleich die Prekarität abgebaut werden soll. Ist dies nicht ein Widerspruch?*

Im Gegenteil! Wir müssen uns ein für allemal von der fixen Idee trennen, die Gesellschaft sei eine ‚Ordnung‘, in der jedes Subjekt seinen zugeordneten und vorgesehenen Platz haben soll. Die Gesellschaft der Lohnarbeit ist nicht das höchste Entwicklungsstadium der Menschheit, die Lohnarbeit ist nicht einfach die höchste Form der Produktion, der sozialen Beziehungen. Die Beschäftigung ist kein Ziel an sich. So gesehen, kann die Diskontinuität der Berufsarbeit für alle zur Quelle eines äußerst reichen, kreativen und freien Lebens werden.

Unter der Bedingung, daß die Arbeitsperioden und die Nichtarbeitsperioden individuell gewählt und kollektiv ausgehandelt werden können, selbstverwaltet, ausgedehnt auf die Woche, auf den Monat, auf das Jahr usw. sind. Und daß während der Nichtarbeitsperioden allen bedingungslos ein ausreichendes Einkommen garantiert wird. Ich betone: bedingungslos. Denn wenn festgehalten wird, daß während der Nichtarbeitsperioden die Leute ihre Zeit verwenden müssen, um zu studieren, um ihre Kinder aufzuziehen, Sport zu treiben oder einer politischen Aktivität nachzugehen, wird diese Periode praktisch wieder in Beschäftigung verwandelt und einer institutionellen, administrativen Kontrolle unterworfen. Wir reproduzieren so wieder die Lohnarbeit in einer verkappten Form.

*Sie setzen eigentlich große Hoffnungen auf die europäische Einigung, in gesellschaftlich-politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, gewissermaßen als Gegenmacht zur Globalisierung des Finanzkapitals?*

Normalerweise hat die größte Handelsmacht der Welt auch die Macht, die Regeln für den Welthandel festzusetzen. Und die größte Handelsmacht der Welt ist ganz klar die Europäische Union. Bislang hat sie allerdings nicht den politischen Willen aufgebracht, den Welthandel in ökosoziale

Regeln einzubetten, statt dem von den USA oktroyierten Freihandel ausgeliefert zu sein. Dieser politische Wille müßte natürlich von der Bevölkerung Europas getragen sein, denn nur sie kann letztlich den mächtigen Widerstand gegen eine europäische, ökosoziale Weltpolitik brechen.

*Wer leistet dann Widerstand gegen wen?*

Der Hauptfeind ist das globalisierte Finanzkapital. Bisher ist es den sogenannten ‚Finanzmärkten‘, also dem Finanzkapital, gelungen, die Nationalstaaten weitgehend zu entmachten und unter Berufung auf die sogenannten Marktgesetze seinem Diktat zu unterwerfen. Tagtäglich werden rund 1.400 Milliarden Dollar auf Devisenmärkten gewechselt. Nur vier Prozent entsprechen der Abrechnung von Waren- und Dienstleistungsumschlag. Der Rest ist rein spekulativ. Die Wirtschaft wird in den Dienst inhalts- und substanzloser Geldvermehrung gestellt. Sie wird der demokratischen Gestaltungsmacht der Gesellschaft entzogen. Die Macht des Geldes, der Finanzmärkte erhebt sich über die gesellschaftspolitische Macht des Staates und ersetzt den Gesetzgeber durch die sogenannten Marktgesetze, die von niemandem verantwortet werden und für deren Auswirkungen niemand zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Das ist die gegenwärtige Lage. Aus ihr gibt es keinen nationalen Ausweg. Wohl aber einen supranationalen. Ein supranationales Staatengebilde von der Größe der EU könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für seine Mitgliedstaaten wiederherstellen. Nach Einführung des Euro ließen sich die spekulativen Devisentransaktionen durch eine minimale Steuer, die sogenannte Tobin-Steuer, so bezeichnet nach ihrem ‚Erfinder‘, dem amerikanischen Nobelpreisträger für Wirtschaft, E. Tobin, weitgehend drosseln. Bei einem Satz von 0,1 Prozent würde sich das Transaktionsvolumen um zwei Drittel reduzieren und um die 150 Milliarden Dollar Steuereinnahmen bringen. Dagegen werden die Finanzmächte natürlich kämpfen.

#### Anmerkung

- 1 1997 bei Galilée, Paris, unter dem Titel *Misères du présent – Richesse du possible* erschienen; die deutsche Übersetzung erscheint 1998 bei Suhrkamp unter dem Titel *Arbeit zwischen Elend und Utopie*.

Das vorstehende Interview erschien zuerst in der *WochenZeitung*, Zürich, vom 29. Januar 1998. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Thomas Schaffroth